

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue EU-Mitglied Kroatien plant, ebenfalls eine Finanztransaktionssteuer einführen. Ansonsten ist im August wenig passiert, doch das Sommerloch ist mit unserem [Protest gegen die Lobbyattacken](#) auf die Finanztransaktionssteuer nun endgültig vorbei.

Am 9. September werden die europäischen Staaten auf Arbeitsebene hoffentlich endlich die erste Lesung des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission beenden. Wie es danach weiter geht, ist offen. Zwar liegen (vor allem von französischer Seite) substantielle Verwässerungsvorschläge auf dem Tisch, aber politische Entscheidungen darüber dürften erstmal nicht fallen.

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl wollen wir keine Wahlempfehlung machen, aber informieren. Deshalb werden in diesem Newsletter die Wahlprogramme der wichtigsten Parteien auf Aussagen zur Finanztransaktionssteuer und zur Einnahmenverwendung untersucht. Mit Ausnahme der FDP unterstützen alle der sieben untersuchten Parteien die Einführung der Steuer. Keine Partei unterstützt die von der Kampagne vorgeschlagene Drittelung der Einnahmen vollständig (Entwicklungshilfe, Ökologie, nationale Armutsbekämpfung). SPD, Linke, Grüne und ÖDP kommen dieser Forderung aber recht nahe (mit unterschiedlicher Gewichtung). Diese Parteien sind auch Mitglieder von "Steuer gegen Armut".

Die genauen Aussagen sind weiter unten nachzulesen.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Aussagen zur FTS in Bundestagswahlprogrammen
- Kritische Analyse zur Einmischung der Zentralbanken
- Kampagnenaktivitäten

## Entwicklungen im Inland:

28. August: [Bundesfinanzminister Schäuble](#) weist die Kritik von Peer Steinbrück zurück, die Bundesregierung sei für das langsame Tempo bei der Finanztransaktionssteuer verantwortlich.

27. August: Der frühere Bundesfinanzminister [Theo Waigel](#) findet, dass Europa durch eine Finanztransaktionssteuer für Investoren attraktiver wird. Ausnahmen etwa für Sparer oder Lebensversicherungen sollte es aber geben.

24. August: Grünen-Europaparlamentarier [Sven Giegold](#) fürchtet, dass die Finanztransaktionssteuer auf Treiben Frankreichs und Italiens völlig verwässert wird.

10. August: [SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück](#) macht die Koalition für die schleppenden Verhandlungen verantwortlich und will mit den Steuereinnahmen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen.

## Entwicklungen im Ausland:

29. August: Die [italienische Regierung](#) nimmt Pensionsfonds und Staatsfonds von der neuen nationalen Mini-Finanztransaktionssteuer aus.

23. August: Der [kroatische Ministerpräsident Zoran Milanović](#) will ebenfalls die Finanztransaktionssteuer einführen.

10. August: Ein Reporter von [Fox News](#) sieht in den Finanztransaktionssteuer-Plänen des US-Demokraten Keith Ellison einen Ausdruck islamistischen Gedankenguts.

## Aussagen zur Finanztransaktionssteuer in Bundestagswahlprogrammen

Auch wenn man Wahlprogramme bekanntlich nicht überschätzen darf, folgen hier die zentralen Aussagen zur Finanztransaktionssteuer in den Bundestagswahlprogrammen der wichtigsten Parteien. Neben der Einführung der einer möglichst umfassenden Finanztransaktionssteuer fordert unsere Kampagne auch, deren Einnahmen zweckbestimmt zu verwenden: "Die eingenommenen Gelder sollen zu je einem Drittel verwendet werden für (a) die Bekämpfung internationaler und (b) nationaler Armut sowie (c) den Schutz von Klima, Umwelt und Biodiversität". Daraufhin haben wir die Wahlprogramme der SPD, der Linke, der Grünen und der ÖDP (Mitglieder der Kampagne) sowie der CDU/CSU, der FDP und der Piratenpartei untersucht.

### CDU/CSU

Die [Union](#) will die Finanztransaktionssteuer möglichst schnell mit zehn anderen europäischen Staaten einführen. Die Steuer soll langfristig weltweit eingeführt werden. Bei der Umsetzung will sie darauf achten, "dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschlands gewahrt bleiben".

Die Union trifft keine Aussage zur Mittelverwendung.

### FDP

Die [FDP](#) lehnt die Finanztransaktionssteuer verklausuliert ab – andernfalls käme sie in Widerspruch dazu, dass sie die Steuer in der Regierung offiziell mittragen muss: "Neue Steuern können die Aufsichts- und Regelungslücken im Bereich der Finanzmärkte nicht schließen. Wir sind gegen Steuermodelle, die Bürokratie schaffen, nicht effektiv erhoben werden können – und am Ende die Falschen treffen: die Betriebe, die Sparer und die Bürger, die für ihr Alter vorsorgen."

### SPD

Die [SPD](#) will eine europäische Finanztransaktionssteuer schnellstmöglich einführen, zunächst im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in einem Teil der EU.

Die Bemessungsgrundlage soll möglichst breit sein (Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen), die Steuersätze niedrig. Die Finanztransaktionssteuer soll nicht als Betriebsausgabe von der Steuer abgesetzt werden können. Die Einnahmen "können für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden".

Im Europakapitel wird die Finanztransaktionssteuer erneut genannt, um einen "Europäischen Investitions- und Aufbaufonds" mitzufinanzieren. Dessen Mittel "sollen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, den Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze und ein Sofortprogramm gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU eingesetzt werden".

Die SPD will "jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer".

## Linke

Die [Linke](#) will eine Finanztransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent. Die eingenommenen Gelder (mindestens 30 Milliarden Euro jährlich) sollen "zu gleichen Teilen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits sowie für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft andererseits" genutzt werden.

## Grüne

Die [Grünen](#) wollen eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzmarktgeschäfte mit einbezieht. Die Höhe soll nach Produktart und Risiko differenzieren. Die Finanztransaktionssteuer soll ins Gemeinschaftsrecht und in den EU-Haushalt überführt werden. Ein großer Teil der Einnahmen soll in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen.

## ÖDP

Die ÖDP hat zur Bundestagswahl kein vollständiges Wahlprogramm aufgelegt. In ihrem [bundespolitischen Programm](#) fordert die ÖDP "die Besteuerung globaler Finanztransaktionen (Tobin-Steuer)" zur "Finanzierung eines Global Marshall-Plans", der frühere Fehler der Entwicklungshilfe vermeiden soll.

## Piratenpartei

Die [Piratenpartei](#) setzt sich dafür ein, dass "auf EU-Ebene auf alle unbaren Geldtransaktionen eine minimale Abgabe von z. B. 0,1 bis 0,2 % erhoben und daraus allen Bürgern der EU ein individuelles bedingungsloses Sockeleinkommen ausgezahlt wird". Das Sockeleinkommen soll ein Zwischenschritt zum bedingungslosen Grundeinkommen sein.

## Kritische Analyse zur Einmischung der Zentralbanken

Zentralbanker haben aus ihrer Skepsis gegen die Finanztransaktionssteuer nie einen Hehl gemacht. Bisher hielten sie sich aber unter Hinweis auf ihr begrenztes Mandat mit der Kritik zurück. Seit Frühjahr dieses Jahres mischen sich Zentralbanker aber zusehends in die Debatte ein. Corporate Europe Observatory nimmt ihre Motive genauer unter die Lupe und zeigt den hohen Einfluss von Vertretern der Finanzbranche über die Beratungsgremien der EZB.

Zum vollständigen Artikel:

**Robbing the "Robin Hood" tax: the European Central Bank weighs in**

<http://corporateeurope.org/financial-lobby/2013/07/robbing-robin-hood-tax-european-central-bank-weighs>

## Kampagnenaktivitäten

**Protest vor dem Kanzleramt gegen Lobbyattacken auf Finanztransaktionssteuer: Jetzt nicht weichkochen lassen!**

Vertreter der Finanzlobby haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsidenten François Hollande in einen großen Kessel gesteckt, um sie weichzukochen und so die geplante Finanztransaktionssteuer zu verhindern. Mit dieser Aktion vor dem Kanzleramt in Berlin protestierte die Aktionsgruppe von "Steuer gegen Armut" gegen die anhaltenden Versuche der Finanzbranche, die

Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene zu hintertreiben.

Fotos der Aktion unter:

<http://www.attac.de/PressefotosSteuerGegenArmut>

### **Pressemitteilungen**

**29. August: "Merkel und Hollande dürfen Angst-Kampagne der Finanzlobby nicht nachgeben!"**

Pressemitteilung zur Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org) und auf [Facebook](#).

*Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.*